

127/AE

des Abgeordneten Wabl, Freundinnen und Freunde

betreffend Einführung einer Abgabe auf Pestizide

In Dänemark sollen besonders umweltgefährdende Pestizide künftig mit einer Abgabe von bis zu 37 % des Endverkaufspreises belegt werden. Die Einnahmen aus der Pestizidsteuer werden für 1996 auf mindestens 30 Mio. ECU (400 Mio. öS) veranschlagt. Davon sollen etwa 24 Mio. ECU (322 Mio. öS) in Form von Umweltschutzförderungsmaßnahmen an die dänische Landwirtschaft zurückfließen, womit die erhöhten Kosten für die Landwirtschaft ausgeglichen werden sollen. Mit dieser Maßnahme will die dänische Regierung den Pestizideinsatz bis zum 1. Jänner 1997 um bis zu 50 % verringern.

Von richtungweisender Bedeutung ist, daß die EU-Kommission diese Erhebung von höheren Steuern auf Pestizide genehmigt hat. Die EU-Kommission begründet die Genehmigung mit dem Hinweis auf das 1993 verabschiedete Aktionsprogramm für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, das eine Verringerung des Einsatzes von chemischen Hilfsmitteln vorsieht. Die neue Regelung soll auch für Pflanzenschutzmittelimporte aus anderen EU-Ländern gelten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsminister und dem Finanzminister den Gesetzesentwurf für eine Pestizidsteuer vorzulegen, der sich an der dänischen Regelung orientiert.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft vorgeschlagen.